



Presseschau vom 03.07.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends/nachts:

de.sputniknews.com: Kampfboote mit Sonderfüllung: Ukrainische Marine verspricht Russland „Überraschung“.

Die ukrainische Kriegsmarine stellt demnächst nach Angaben ihres Befehlshabers Igor Worontschenko Panzerboote in den Dienst, deren Sonderausstattung Russland „überraschen“ soll.

Seine Flotte verfüge bereits über sechs gepanzerte Artillerieboote des Typs 58155 Gurza M, verriet der Admiral dem Radiosender Radio Svoboda.

Diese Anzahl reiche für eine Mosquito-Flotte zwar noch nicht aus, doch habe sein Land etwas Besonders in petto.

„Ich habe dem Hersteller mehrere Ideen für eine zusätzliche Ausstattung vorgeschlagen“, so der Admiral. Er wolle „vorerst nicht auf Details eingehen“.

„Das wird eine Überraschung für den Gegner sein.“

Darüber hinaus würden demnächst zwei Sturmboote des Typs Kentaur für die Marine zu Wasser gelassen werden.

„Diese Boote sind gut und bei einigen Charakteristika besser als die russischen Raptor.“

Als „Gegner“ bezeichnen ukrainische Politiker und Militärs seit dem prowestlichen Umsturz vor mehr als vier Jahren hauptsächlich Russland. Die neue ukrainische Militärdoktrin stuft den östlichen Nachbarn als Feind ein.

Am 1. Juli hatte der ukrainische Präsident, Petro Poroschenko, erneut gedroht, in der russischen Marinebasis Sewastopol die Flagge seines Landes zu hissen.

Kurz zuvor hatte der ukrainische Infrastrukturminister Wladimir Omeljan Russland als „Barbaren-Reich“ beschimpft und dazu aufgerufen, Moskau „niederzubrennen“.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32139/28/321392840.jpg>

vormittags:

Mil-Inr.info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

de.sputniknews.com: „Großer Durchbruch“ im Fall Skripal: Britische Polizei soll zwei Verdächtige haben.

Nach vier Monaten Ermittlung zum sogenannten Fall Skripal ist die britische Polizei laut Informationen der Boulevardzeitung „The Sun“ nun zwei Verdächtigen auf die Spur gekommen.

Es handle sich um ein Team von zwei Killern, das den Anschlag auf den ehemaligen GRU-Agenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia in Salisbury „im Auftrag des Kremls“ verübt habe.

Wie „The Sun“ unter Berufung auf eine Quelle in Scotland Yard berichtet, sollen die Verdächtigen Großbritannien innerhalb von 24 Stunden nach dem Attentat verlassen haben. Man geht laut dem Blatt davon aus, dass sich die beiden derzeit in Russland befinden und „unter persönlichem Schutz des Präsidenten Wladimir Putin“ stehen. Die britische Polizei spreche von einem „großen Durchbruch“.

„Das Endziel war immer, sie (die Täter – Anm. d. Red.) zur Verantwortung zu ziehen. Natürlich befinden sie sich nicht mehr in Großbritannien. Das erschwert alles wesentlich“, zitiert die Zeitung ihre Quelle.

Die Vergiftung des Ex-Agenten des russischen Militärgheimdienstes GRU und Überläufers Sergej Skripal hat die Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien schwer belastet. London machte Moskau für den Anschlag verantwortlich und beschloss daraufhin die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten. Russland hat anschließend entschieden, ebenso viele britische Diplomaten auszuweisen.

Am 5. März war bekannt geworden, dass Skripal und seine Tochter Julia in der britischen Stadt Salisbury vergiftet wurden. London behauptet, sie seien mit dem Stoff A234 vergiftet worden, und wirft Moskau vor, in das Attentat verwickelt zu sein, weil der Giftstoff nach Angaben von Experten sowjetischer Herkunft gewesen sein soll. Russland weist die Vorwürfe entschieden zurück.

Skripal war 2006 wegen Spionage für den britischen Auslandsgeheimdienst MI6 zu 13 Jahren Haft verurteilt worden. Er kam jedoch im Juni 2010 im Zuge eines Austausches inhaftierter Spione zwischen Russland und den USA auf freien Fuß. Kurz darauf wurde ihm in Großbritannien Asyl gewährt.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32025/64/320256424.jpg>

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 02. Juli 3:00uhr bis 03. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 57.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: So will Ukraine Russland im Gasstreit „bestrafen“:

Die Ukraine kann Russland beim Eintreiben von Schulden entsprechend dem Stockholmer Schiedsspruch „schmerzhaft“ schlagen. Das erklärte Maria Jakowlewa, Vorstandsmitglied der ukrainischen Energie-Behörde, gegenüber dem Portal „Obozrevatel“.

„Es gibt bereits den ersten Sieg im Stockholmer Schiedsgericht – den Rechtsspruch über die Entschädigung an die Ukraine in Höhe von 26 Milliarden Dollar. Die Ukraine hat sich bezüglich der Beschlagnahme der Vermögenswerte an den Europäischen Exekutivdienst gewandt“, so Jakowlewa.

Ihrer Meinung nach könnte die Ukraine etwa 35 Prozent der Aktien von Nord Stream 1 beschlagnahmen.

„Die Russische Föderation, vertreten durch ‚Gazprom‘, besitzt 51 Prozent, von denen wir 35 Prozent zugunsten der Ukraine beschlagnahmen und kompensieren können“, erklärte Jakowlewa.

Die Expertin erinnerte daran, dass die Ukraine auch andere Schiedsklagen in Höhe von 8 bis 10 Milliarden Dollar laufen habe.

„Wenn die Ukraine gewinnt, können wir weiter diesen Weg beschreiten. Sobald die Aktien von Nord Stream 1 beschlagnahmt sind und die Entschädigungsprozeduren begonnen haben, und wenn Europa sich einigt und eine gemeinsame Stellungnahme bekundet, wird Russland keine Alternative haben“, äußerte Jakowlewa ihre Zuversicht.

Das Schiedsgericht der Handelskammer Stockholm hatte am 28. Februar einer Klage des ukrainischen Unternehmens Naftogaz gegen Gazprom stattgegeben. Der russische Energiekonzern wurde dazu verpflichtet, Naftogaz 2,56 Milliarden US-Dollar als Ausgleich zu zahlen – Russland habe vermeintlich weniger Gas durchgeleitet als vereinbart. Im Juni hatte das schwedische Svea-Appellationsgericht den Argumenten von Gazprom Gehör geschenkt und die Vollstreckung des Beschlusses der Stockholmer Arbitrage gestoppt.

Dnr-online.ru: Das ukrainische Volkstribunal hat weitere zehn aktive Vertreter des Regimes Pjotr Poroschenko als an Kriegsverbrechen schuldig verurteilt. Insgesamt wurden vom ukrainischen Volkstribunal 18 Personen verurteilt, die aufgrund verschiedener Paragraphen des Strafgesetzbuchs der Ukraine sowie im Rahmen der internationalen Strafrechtsgesetzgebung als schuldig befunden wurden. Dies berichtete am 3. Juli bei einer Pressekonferenz in Donezk die vorsitzende Richterin des UVT Jelena Schischkina. „Während der Gerichtsverhandlungen des ukrainischen Volkstribunals am 21. Mai hat der Volksstaatsanwalt einen Antrag gestellt, Materialien in Bezug auf eine Gruppe von Personen, die keine Angeklagten bei der Strafsache waren, in einer gesonderten Verhandlung zu behandeln. Im Verlauf der Befragung von Zeugen war aber festgestellt worden, dass ihre Aktivitäten kriminelle Handlungen beinhalten. Das Gericht unterstützte den Antrag des Staatsanwalts. Alle Angeklagten wurden über Datum und Zeit der Gerichtsverhandlungen informiert, sie haben Vorladungen erhalten. Das UVT hat diese Strafsache behandelt: es wurden Zeugen und Geschädigte befragt, die Materialien studiert. Am 2. Juli hat das ukrainische Volkstribunal ein Urteil in Bezug auf Artjomenko, Kolomojskij, Taruta, Mochnizkij, Sewrjuk, Jarema, Schokin, Luzenko, Mazuka und Jarosch gefällt. Sie wurden als schuldig befunden“, erklärte sie. Der Vorsitzende des Nationalrats der Ukraine zu Fragen von Fernsehen und Radio seit 2014 Jurij Artjomenko wurde zu 7 Jahren Freiheitsentzug verurteilt; der ukrainische Oligarch Igor Kolomojskij wurde zu lebenslangem Freiheitsentzug und Konfiszierung seines persönlichen Eigentums verurteilt; der Generalstaatsanwalt der Ukraine Jurij Luzenko wurde zu 10 Jahren Freiheitsentzug verurteilt; der ehemalige kommissarische Generalstaatsanwalt der Ukraine Oleg Mochnizkij wurde zu zehn Jahren Freiheitsentzug verurteilt; der Journalist Alexej Mazuka wurde zu drei Jahren Freiheitsentzug verurteilt; der ehemalige kommissarische Generalstaatsanwalt der Ukraine Jurij Sewrjuk wurde zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilt; der ukrainische Oligarch und ehemalige Vorsitzende der Donezker Oblastverwaltung Sergej Taruta wurde zu zehn Jahren Freiheitsentzug verurteilt; der ehemalige Generalstaatsanwalt der Ukraine Wiktor Schokin wurde zu acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt; der ehemalige Generalstaatsanwalt der Ukraine Witalij Jarema wurde zu zehn Jahren Freiheitsentzug verurteilt; der politische Aktivist Dmitrij Jaorsch wurde zu 12 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. „Der gesamte Text des Urteils des ukrainischen Volkstribunals wurde an die Verurteilten entsprechend der geltenden Gesetzgebung der Ukraine geschickt. Die Entscheidung des ukrainischen Volkstribunals wird ein ukrainisches Gericht ausführen, sobald in Kiew normale, adäquate Personen an die Regierung kommen, die das Gesetz einhalten. Das Urteil des UVT wird als Plattform für internationale Gerichtsinstanzen zur Ermittlung der Verbrechen des Regimes Poroschenko gegen das ukrainische Volk dienen“, unterstrich Jelena Schischkina. Wir erinnern daran, dass am 22. Juni dieses Jahres im Zentrum von Lugansk bei einer Volksversammlung von den Richtern des ukrainischen Volkstribunals ein Urteil gegen acht Vertreter der jetzigen Führung der Ukraine verhängt wurde: Pjotr Poroschenko, Arsen Awakow, Alexandr Turtschinow, Wladimir Grojsman, Wiktor Mushenko, Stepan Poltorak, Andrej Parbuij, Arsenij Jazenjuk – lebenslänglicher Freiheitsentzug mit Konfiskation des Eigentums. Dieses Urteil wurde von 20.000 auf dem Platz anwesenden Einwohnern des Donbass unterstützt.

nachmittags:

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Streitkräfte der DVR über die Lage am 3. Juli 2018:

Zum ersten Mal seit Beginn des „Brotwaffenstillstands“ verlief **ein Tag ohne Verletzung des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte.

Trotz des Befehls des Kommandos des Stabs der OOS an die unterstellten Einheiten über ein vollständiges Verbot des Feuers während des „Brot“-waffenstillstands sind einige „Heißköpfe“ aus der Menge der Anführer der ukrainischen Kämpfer auf **innere Auseinandersetzungen und die Aufteilung von geschäftlichen Einflussphären** übergegangen. So wurde gestern ein Beschuss der Positionen der 24. mechanisierten Brigade von Seiten der 72. mechanisierten Brigade festgestellt. Mit ihren Handlungen verfolgten die Kämpfer der 72. mechanisierten Brigade mehrere Ziele. Erstens unseren Soldaten etwas unterzuschieben und sie der Nichteinhaltung des Waffenstillstands zu beschuldigen. Zweitens den ukrainischen Massenmedien zu helfen, ihre Dienstreisekosten und redaktionellen Aufgaben abzuarbeiten – koste es was es wolle ein Bild zu zeigen, dass für die „Partei des Krieges“ günstig ist. Und drittens ihren geschäftlichen Konkurrenten aus der 24. mechanisierten Brigade zu zeigen, wer in den grenznahen Verantwortungsbereichen der Brigaden der Herr ist.

Da sie die Schulterstücke des Profits wegen tragen, sind den Anführern der Banden der ukrainischen Streitkräfte die Folgen solcher Beschießungen und mögliche Opfer unter ihren Kameraden völlig gleichgültig. So wurden gestern in Folge eines Beschusses von Leninskoje im Dsershinskij-Bezirk zwei Kämpfer aus einer Batterie zur Koordination der Artillerieaufklärung der 24. mechanisierten Brigade verletzt: der Soldat Teljuk und der Feldwebel Antoschtschuk. Die Folgen ihrer Auseinandersetzungen versuchen die Kämpfer und ihr Kommando auf uns zu schieben, um zu verhindern, dass Informationen über die schwierigen internen Verhältnisse unter den Einheiten nach außen dringen.

Wir geben dem ukrainischen Militärkommando bekannt, dass wir diese Art von Provokationen verfolgen. Und Ihnen wird es nicht gelingen, uns der Verletzung des Waffenstillstands zu beschuldigen, weil wir ihn in vollem Umfang einhalten.

de.sputniknews.com: Ukraine lässt ihre Armee „dekommunisieren“ – Befehl unterzeichnet. Der Generalstabchef der ukrainischen Streitkräfte Wiktor Muschenko hat die Dekommunisierung der Armee angeordnet. Dies verkündete er auf seiner Facebook-Seite. Das Dokument soll den Vollzug des Gesetzes „Über die Verurteilung der kommunistischen und nationalsozialistischen totalitären Regime in der Ukraine und das Verbot ihrer Symbole“ durch Kommandanten auf allen Ebenen der Streitkräfte regeln.

„Dies ist eine Bestätigung für die Richtigkeit unseres Kurses“, erklärte Muschenko. Die ukrainische Regierung hatte 2015 im Zuge der sogenannten „Dekommunisierung“ mehrere Gesetze zum Verbot „sowjetischer Propaganda“ verabschiedet. Die Maßnahmen sahen die Entfernung aller sowjetischen Denkmäler und die Umbenennung von Plätzen und Straßen vor, die Namen sowjetischer Politiker, Militärs und anderer Persönlichkeiten tragen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32139/95/321399553.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine Tendenz zur Stabilisierung. In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzung des Regimes der Feueinstellung** festgestellt.

Die unbedachten, populistischen Handlungen des ukrainischen Kommandos führen dazu, dass alle gesetzgeberischen Normen, sowohl ukrainische als auch internationale, missachtet werden.

Die gestrige Erklärung über einen weiteren sogenannten „Sieg“ und die Einnahme von Solotoje-4 haben bei den örtlichen Einwohnern zu Entsetzen geführt. Trotz der propagandistischen Materialien, die von den kontrollierten ukrainischen Massenmedien herausgegeben werden, ist es nicht gelungen, die reale Lage der Dinge zu verheimlichen. Zur Bestätigung der Glaubwürdigkeit der Erklärung über die Einnahme des sich ohnehin unter Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte befindlichen Solotoje-4 haben die ukrainischen Streitkräfte Kräfte und Mittel in diesem Gebiet konzentriert und so eine Gefahr für das Leben von friedlichen Bürgern geschaffen. Diese Information bestätigen auch Vertreter der OSZE-Mission.

Am 1. Juli haben die Beobachter zwei Schützenpanzerwagen registriert, die auf beiden Seiten eines ehemaligen kommunalen Objekts standen; auf dessen Territorium sind 15-20 bewaffnete Kämpfer der ukrainischen Armee eingetroffen. Es ist charakteristisch, dass das Gebäude etwa 200 Meter von einer in Betrieb befindlichen Schule und etwa 20 Meter von einem Schulspielplatz entfernt ist. Vier örtliche Einwohner teilten dem Team der OSZE-Mission mit, dass sie sich nicht in Sicherheit fühlen, wenn sich im Zentrum ihrer Ortschaft mit Blut befleckte Strafsoldaten befinden. Sie waren auch darüber beunruhigt, dass sie ihre Kinder angesichts der Anwesenheit von nicht adäquaten ukrainischen Kämpfern nicht sicher auf den Spielplatz lassen können.

Wir wenden uns an die internationalen Vertreter der UN für Menschenrechte, auf das verbrecherische Kiew Druck auszuüben. Solche Vorfälle sind eine direkte Verletzung des Zusatzprotokolls zur Genfer Konvention, in dem festgelegt ist, dass die Zivilbevölkerung als solche sowie einzelne Zivilisten nicht gefährdet werden dürfen.

Die ukrainischen Truppen liefern weiter Munition in die Zone der Operation der Besatzungskräfte. Eine Bestätigung dafür ist es, dass in unmittelbarer Nähe zu Michajlowka, Staniza-Luganskaja-Bezirk, ukrainische Strafsoldaten aus der 59 Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte Arbeiten zur Ausrüstung eines neuen Artilleriefeldlagers

durchführen. Wir lenken die Aufmerksamkeit darauf, dass die ukrainischen Streitkräfte ein weiteres Mal ein Munitionslager in der Nähe einer Ortschaft einrichten, was eine unmittelbare Gefahr für die zivilen Einwohner bringt.

Die ukrainischen Truppen führen aktiv Aufklärung an einigen Abschnitten der Kontaktlinie durch. Im Gebiet von Luganskoje wurde die Aktivität einer Aufklärungsgruppe der ukrainischen Truppen aus dem 54. Aufklärungsbataillons der ukrainischen Streitkräfte bemerkt. Die Gruppe für eine Erkundung der Örtlichkeit in der Nähe der Kontaktlinie durch, um Provokationen vorzubereiten.

Zur Diskreditierung der Führung der LVR und zur Beschuldigung der Einheiten der Volksmiliz bezüglich der Verletzung des „Brotwaffenstillstands“ sind **im Gebiet des „Swetlodarsker Bogens“ zehn Journalistengruppen ukrainischer und ausländischer Massenmedien eingetroffen**. Das Kommando der OOS plant, diese Journalisten zur Aufnahme der Folgen der von ihnen geplanten Provokationen heranzuziehen.

Die Volksmiliz der LVR lässt in ihrer Wachsamkeit nicht nach und widmet den Fragen der Sicherheit der Republik erhöhte Aufmerksamkeit. Mit dem Personal der Einheiten werden ständig Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt, bei denen das Wissen und die Fertigkeiten der Soldaten bei der Bearbeitung von Fragen der Ordnung und der Richtigkeit von Handlungen auf dem Kampffeld vervollkommen werden.

Ich will ein weiteres Mal erklären, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen genau einhält, aber im Fall einer direkten Aggression von Seiten der ukrainischen Truppen ist sie bereit entschieden zu handeln.

de.sputniknews.com: Neustart der amerikanisch-russischen Beziehungen? Polen wirkt besorgt.

Obwohl es zu früh ist, über die Ergebnisse des Treffens zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem US-Amtskollegen Donald Trump zu sprechen, ist Polen laut dem Außenminister des Landes, Jacek Czaputowicz, über einen möglichen Neustart der amerikanisch-russischen Beziehungen besorgt.

„Im Allgemeinen verdient Wladimir Putins Wunsch, Präsident Trump auf den Politikwechsel einzustimmen, keine Kritik, aber wir werden sehen, wie sich das auswirken wird“, zitiert das Nachrichtenportal „Parlamentarny.pl“ den Außenminister.

Ferner habe Czaputowicz betont, dass der mögliche Neustart der Beziehungen zwischen Moskau und Washington „einige begründete Besorgnisse“ auslöse.

„Deshalb ist es gut, dass die europäischen Staaten Sanktionen (gegen Russland – Anm. d. Red.) unterstützt haben“, unterstrich der Außenminister.

Polen könne seine Politik gegenüber Russland verändern. Dafür müsse die russische Seite jedoch die Anforderungen Europas bezüglich der Krim und des Donbass erfüllen, so Czaputowicz.

Das Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem US-Amtskollegen Donald Trump soll am 16. Juli in der finnischen Hauptstadt Helsinki stattfinden.

Dan-news.info: Zehn Busse der Marke „Donbass“, die in der DVR montiert wurden, wurden heute dem kommunalen Unternehmen der Stadt Nowoasowsk übergeben. Sie werden regional und republikweit für Linienbusse eingesetzt.

Die Übergabe fand heute im staatlichen Unternehmen „Donezker Elektrofabrik“ statt, wo die Busse montiert werden:

„Im Auftrag des Ministeriums für Industrie und Handel der DVR haben wir in der Fabrik eine Werkhalle zur Montage von Bussen eingerichtet. Wir können pro Monat 15 Stück montieren. Derzeit ist das aus ökonomischen und technischen Gründen das optimale Verkehrsmittel“,

sagte der Direktor der Fabrik Alexandr Schwetschikow....

Weitere drei Busse werden an das kommunale Unternehmen „Busbahnhöfe des Donbass“ übergeben.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/07/dan-news.info-2018-07-03_09-44-41_554429-----23-1024x683.jpg

Dan-news.info: „Von 11:35 bis 13:35 Uhr wurde Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Awdejewka auf **Jakowlewka**, aus Richtung Derschinsk auf die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks**, aus Richtung Nowoluganskoje auf **Dolomitnoje** festgestellt“, teilte die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination mit.

Es wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

de.sputniknews.com: Russische Luftwaffe greift Terroristen an türkischer Grenze an. Die russischen Luft- und Raumstreitkräfte haben einen massiven Angriff im Südwesten der syrischen Provinz Idlib unternommen, berichtet das Nachrichtenportal Al-Masdar News. Die Luftschläge erfolgten in der Umgebung der Stadt Dschir-esch-Schughur und anderen von Terroristen kontrollierten Gebieten entlang der türkischen Grenze. Darüber hinaus sind mehrere ballistische Raketen im Raum von Dschir-esch-Schughur und im nördlichen Teil der Al-Gaab-Ebene abgefeuert worden.

Zum Einsatz der Jagdbomber kam es nach einem Drohnenangriff auf die russische Luftwaffenbasis Hmeimim im Südwesten der Provinz Latakia am Samstagabend. Keine der in der Region agierenden Terrormilizen hat sich zu dem Zwischenfall bekannt. Die russischen Behörden vertreten die Meinung, dass usbekische und turkestanische Terrorkämpfer dahinter stehen könnten.

Der Flugplatz Hmeimim gilt seit 2015 als Luftwaffenstützpunkt der russischen Luft- und Raumstreitkräfte in Syrien. Auf Bitte von Damaskus führen die dort stationierten Kampfkräfte seit Herbst 2015 Schläge gegen die Terrormilizen.

Dnr-online.ru: Trotz des begonnenen „Brot“-waffenstillstands setzt die ukrainische Seite den Beschuss von Ortschaften der Republik fort und leugnet dann in jeglicher Weise ihre Beteiligung daran. Dies erklärte heute in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR

der stellvertretende Kommandeur der Streitkräfte der DVR Oberst Eduard Basurin. „Am ersten Juli haben die ukrainischen Truppen einen KamAS-Lastwagen vernichtet, der Trinkwasser nicht nur für unsere Soldaten, sondern auch für die zivile Bevölkerung, die an der Kontaktlinie lebt, transportierte. Das Fahrzeug war ein militärisches, aber zu diesem Zeitpunkt war bereits ein allumfassender und unbefristeter Waffenstillstand ausgerufen. Das Fahrzeug transportierte eine rein humanitäre Ladung – Trinkwasser – und keinerlei Geschosse, wie die ukrainische Seite erklärt hat (die sich dann aber geweigert hat, den Beschuss zuzugeben). In Folge des Beschusses starb ein Soldat der Armee der DVR, der Fahrer des KamAS, und das Wasser konnte nicht rechtzeitig an die bedürftigen Menschen geliefert werden. Deshalb kann man den Schluss ziehen, dass die Ukraine bisher die übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt hat und sie auch weiterhin nicht erfüllt“, unterstrich Eduard Basurin.

Außerdem wurde angemerkt, dass die ukrainischen Streitkräfte trotz des Waffenstillstands mehrfach das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet haben, ihre Beteiligung daran aber vollständig leugnen.

„In den offiziellen Berichten der ukrainischen Streitkräfte wird behauptet, dass die Beschießungen ausschließlich von unserer Seite kämen. Davor haben sie mitgeteilt, dass sie gezwungen waren, das Feuer zu erwidern, aber jetzt schreiben sie nicht einmal das, um sich selbst in einem guten Licht zu zeigen. Wir spielen diese Spiele nicht und sagen die Wahrheit wie sie ist. Zum Beispiel verlief die letzte Nacht ruhig und es wurde kein Beschuss von der ukrainischen Seite festgestellt“, sagte der stellvertretende Kommandeur der Streitkräfte der DVR.

Zum Abschluss fügte er hinzu, dass bis zum Ende der Fußballweltmeisterschaft eine Verschärfung des Konflikts nicht erwartet wird, aber die Verteidiger der Republik sind immer bereit, den Gegner adäquat abzuwehren.

Dnr-online.ru: Kinder aus frontnahen Ortschaften des Kreises Sachanka fahren zur Erholung in die RF und in die Republik Weißrussland. Darüber berichtete der Leiter der Kreisverwaltung von Sachanka Igor Podgornyj.

„Es gibt einen Vorschlag von weißrussischen Freiwilligen, Kinder zur Erholung in die Republik Weißrussland zu schicken, in den Kreis Krasnodar und nach Taganrog.

Unterstützung hat auch das Verteidigungsministerium zugesagt, wir geben jetzt eine Anforderung für eine Reise nach Taganrog aus“, sagte Igor Podgornyj.

Am 25. Mai endete in der Schule von Sachanka, die in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie liegt, das Schuljahr. Abschlusszeugnisse erhielten zwei Absolventen der 11. Klasse und einer der 9. Klasse, 28 Schüler gingen in die Sommerferien. Über die Situation in der Einrichtung berichtete die Direktorin der Schule Oxana Samarskaja.

„Der Juni war angespannt, es gab praktisch jeden Tag Beschuss, sowohl Kinder als auch Lehrer waren betroffen. Überhaupt ist es sehr schwer, die Front und direkt Kinder in der Nähe, man macht sich um alle Sorgen. Dennoch haben wir den Unterricht nicht unterbrochen, wir haben uns bemüht den Lehrplan bestmöglich zu erfüllen“, unterstrich sie.

Im Rahmen der Erholung für Kinder gab es über zwei Wochen ein Ferienprogramm, das 14 Kinder besuchten. Ende Juni wurde mit Unterstützung der stellvertretenden Vorsitzenden des Volkssowjets der DVR Olga Makejewa eine Reise in den Donezker Aquapark organisiert, ähnliche Veranstaltungen sind für den Juli geplant.

Die Schule bereitet sich jetzt auf das neue Schuljahr vor. Nach den Worten von Oxana Samarskaja gibt es derzeit kein Problem mit der materiellen und technischen Ausstattung, es wurden auch ausreichend Baumaterialien zugeteilt. Der Wiederaufbau der Schule, die mehrfach von den ukrainischen Streitkräften beschossen wurde, geht weiter.

„Die Situation im Juni ist schwierig: es gibt zwei Verletzte, einen Toten, mehr als 10 Häuser

wurden zerstört. Der Beschuss war intensiv, jetzt ist eine Ruhe zu beobachten. Ich kann nicht sagen, dass der Waffenstillstand vollständig eingehalten wird, nachts schießen sie, aber nicht direkt auf das Dorf, tagsüber ist alles normal“, teilte Igor Podgornyj weiter mit.

Probleme mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs gibt es derzeit in den frontnahen Siedlungen nicht, Geschäfte und Lebenserhaltungssysteme funktionieren normal. Ein Problem bleibt der Wiederaufbau des zerstörten Wohnraums.

„Wir bauen mit Segeltuch und Sperrholz wieder auf. Es wurden 400 Kubikmeter Fensterglas geliefert, aber sie müssen schon wieder ausgetauscht werden. Die Verwaltung ist bereit, noch einmal soviel auszugeben. Vor kurzem wurde die Ausgabe von Baumaterial organisiert – Schiefer, Zement, Sand. 84 Einwohner von Sachanka, 5 in Leninskoje, 11 in Saitschenko haben Unterstützung erhalten. Es ist geplant, die Fenster in den Häusern, die vom Beschuss betroffen waren, zu ersetzen“, berichtete Igor Podgornyj.

Heute erhält die Sachanker Verwaltung einen Bus, um den Transport der Bürger zu organisieren. Er wird verwendet werden, um Bürger in medizinische und soziale Einrichtungen und andere Einrichtungen des Nowosowkij-Bezirks zu bringen.

de.sputniknews.com: Kreml nennt Nato „Kind der Konfrontationsära“.

Die Nato ist eine Organisation, die sich vollständig auf Konfrontation beschränkt. Mit diesen Worten hat der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow den Aufruf des US-Staatschefs Donald Trump zu Erhöhung der Verteidigungsausgaben der Nato-Länder kommentiert.

„Die Nato ist ein Kind der Konfrontationsära. Sie ist eine Organisation, die für Konfrontationszwecke geschaffen wurde und für diese Aufgaben völlig maßgeschneidert ist. Dies bestimmt den Sinn der Existenz dieser Organisation“, so Peskow gegenüber Journalisten. Laut ihm beobachtet Moskau eine schrittweise Annäherung der militärischen Nato-Infrastruktur an die russischen Grenzen.

Peskow betonte, dass die Position des Kremls zu diesem Thema bekannt sei und sich nicht geändert habe.

Zuvor war berichtet worden, dass Trump Briefe an die Behörden Deutschlands, Belgiens, Norwegens und Kanadas mit dem Appell zur Steigerung der Verteidigungsausgaben geschickt haben soll.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31943/45/319434532.jpg>

Dnr-online.ru: Der gesellschaftliche Stab für die frontnahen Gebiete hat im letzten halben Jahr

mehr als 3000 Familien unterstützt, berichtete heute die Leiterin des Stabs, die Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Jekaterina Martjanowa.

„Seit Beginn des Jahres wurden in frontnahe Ortschaften etwa 34 Tonnen humanitäre Ladung gebracht: Baumaterial, Kleidung, Lebensmittel, Haushaltschemie, Kindernahrung und Spielzeug, Gegenstände des medizinischen Bedarfs. Der gesellschaftliche Stab hat durch Beschiss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte Verletzten in Staromichajlowka, Dokutschajewsk, Gorlowka und Sachanka geholfen.

Außerdem hat der gesellschaftliche Stab humanitäre Hilfe für Übersiedler aus der Gorlowker Siedlung Tschigari geleistet.

Dank der Unterstützung der staatlichen Unternehmen und der Behörden der Republik ist es uns gelungen, die Lieferung von kostenlosem Brot für die Einwohner von Spartak und Krutaja Balka zu organisieren.

Seit Beginn des Jahres haben Abgeordnete des Volkssowjets in den frontnahen Gebieten 90 Bürgersprechstunden abgehalten, an denen sich etwa 500 Personen beteiligten“, sagte Jekaterina Martjanowa.

Sie unterstrich auch, dass dank der Arbeit des gesellschaftlichen Stabs 333 Familien aus den frontnahen Gebieten 723 Tonnen kostenlose Kohle erhielten. Außerdem wurden mehr als 200 Kubikmeter Brennholz übergeben und die Sachanker Verwaltung hat eine Pumpe für die Versorgung der Einwohner von vier Ortschaften mit Wasser erhalten. Der gesellschaftliche Stab hat die Einwohner der frontnahen Ortschaften auch mit Bauwerkzeug, Medikamenten, Rollstühlen versorgt.

Außerdem führt der gesellschaftliche Stab für Kinder aus den frontnahen Gebieten Kultur- und Freizeitveranstaltungen durch.

„Seit Anfang des Jahres haben etwa 300 Kinder an solchen Veranstaltungen teilgenommen. Die Kinder haben das Kino in Donezk, den Zirkus, den Aquapark, das Puppentheater, Vorstellung des republikanischen Theaters für junge Zuschauer besucht und haben süße Geschenke erhalten“, sagte Jekaterina Martjanowa.

Außerdem werden in Zusammenarbeit mit Ministerien in den frontnahen Gebieten Postfilialen eröffnet, mobile Apotheken besuchen die Orte, mobile Sprechstunden von Ärztebrigaden erfolgen, es wird Unterstützung beim Erhalt von DVR-Pässen für die Einwohner der frontnahen Gebiete geleistet.

Dnr-online.ru: Die führende offizielle Seite der DVR <https://dnr-online.ru/> wird systematisch mit DDoS-Attacken angegriffen. Derzeit ist wegen einer solchen Attacke die Seite auf dem Territorium der Republik praktisch nicht erreichbar. Aufgrund einer Reihe technischer Besonderheiten funktioniert sie in der RF und anderen Ländern der Welt.

Der Pressedienst des Informationsministeriums der DVR unterstricht, dass die Angriffe direkt nach dem letzten „Direkten Draht“ mit dem Republikoberhaupt Alexandr Sachartschenko durch Anwendung technischer Mittel von außerhalb stärker wurden.

(In der BRD ist die Seite derzeit auch nicht zu erreichen, allerdings werden die Texte nun vom Informationsministerium in den telegram-Kanal eingestellt; Anm. d. Übers.)

de.sputniknews.com: Einstich an Dsjubas Unterarm: Sbornaja-Arzt muss Foto erklären.

Beim Spiel gegen Spanien am Sonntag ist der russischen Nationalmannschaft erstmals in ihrer Geschichte der Einzug ins Viertelfinale einer Fußball-WM gelungen. Gleich darauf tauchten jedoch in sozialen Netzwerken Bilder von Artjom Dsjuba auf, die für viel Aufsehen sorgten. Der Grund war ein kleiner Einstich am linken Arm des russischen Stürmers.

Das Foto wurde später von Medien aufgegriffen. Manche Nutzer waren hellauf begeistert: Denn sie sahen darin einen handfesten Beweis für Russlands Staatsdoping. „Ich hab es euch

doch verdammt nochmal gesagt!“, twitterte der User Comrade Robbo schadenfroh. Der Arzt der russischen Nationalmannschaft Eduard Besuglow erklärte jedoch: Die Einstichwunde habe mit Doping nichts zu tun. Um den Zustand der Spieler zu kontrollieren, müssten regelmäßige Blutproben gemacht werden.

„Das sind routinemäßige Maßnahmen, die es uns ermöglichen, die Belastungstoleranz und die Regenerationszeit zu kontrollieren sowie Muskelverletzungen zu verhindern“, so Besuglow. Zuvor hatte die Fifa bekannt gegeben, dass bei den russischen Nationalspielern keine Verletzungen gegen Doping-Regeln festgestellt worden seien. Die Fifa-Ermittlung war dabei gemeinsam mit der Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada) durchgeführt worden. Die Wada unterstützte anschließend die Schlüsse des Fußballverbands.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32140/42/321404263.jpg>

Dnr-online.ru: In frontnahen Siedlungen des Petrowskij-Bezirks von Donezk geht die Reparatur sozialer Objekte weiter – des Ambulatoriums in Alexandrowka und des Kultur- und Sportzentrums in Luganskoje. Darüber berichtete am Dienstag der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez.

„Im Rahmen der Realisierung eines gemeinsamen Projekts, dessen Teilnehmer das Bauministerium, das Zivilschutzministerium sowie die Stadtverwaltung von Donezk sind, haben wir Baumaterialien für die Reparaturarbeiten zugeteilt. Beim Ambulatorium in Alexandrowka haben Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums die Dacharbeiten bereits abgeschlossen. Die Planung für das Legen einer Gasleitung und für die Installation eines Heizkessels läuft. Die Arbeiter der Gas- und Heizungswirtschaft befassen sich mit den Projektarbeiten. Derzeit werden die internen Heizungssysteme der medizinischen Einrichtung repariert“, teilte der Minister mit.

Sergej Naumez fügte hinzu, dass im Luganskojer Kultur- und Sportzentrum die Dacharbeiten durch das Zivilschutzministerium auch abgeschlossen sind. Derzeit wird das Zentrum durch eigene Kräfte der Einwohner verglast.

Alle Arbeiten sollen bis zum Beginn der Heizperiode abgeschlossen sein.

Dan-news.info: „In Kirowskoje wurden durch die Donezker Eisenbahn zwei Bahnübergänge, die im Verlauf der Kämpfe 2014 zerstört wurden, wieder hergestellt. Die Objekte der Verkehrsinfrastruktur entsprechen jetzt allen Anforderungen“, teilte der Pressedienst des Verkehrsministeriums der DVR mit.

In beiden Fällen gab es keinen Strom, keine Kommunikation, das Bahnwärterhäuschen war fast vollständig zerstört, die Schrankenanlagen waren beschädigt. Durch den Ausfall der Schrankenanlagen wurde der Automobilverkehr gefährdet.

de.sputniknews.com: Baltisches Stromnetz bald von Russland entkoppelt? EU-Pläne reifen.
Andreas Peter

Die EU-Kommission hat am Rande des Brüsseler Gipfels mit den baltischen Staaten und Polen den Fahrplan zur Synchronisierung ihrer Stromnetze mit der EU beschlossen. Unabhängigkeit von Russland ist das Ziel. Was bei Nord Stream 2 unerträglich ist, spielt hier keine Rolle. Und die Versorgungssicherheit Kaliningrads ist offenbar zweitrangig. Historisch sind die Stromnetze der baltischen Republiken Litauen, Lettland und Estland mit dem BRELL-Netz synchronisiert, das aus sowjetischen Zeiten stammt und die baltischen Staaten mit den Netzen Russlands und Weißrusslands verbindet. Die Synchronisierung mit dem CEN, dem Stromnetz der EU-Staaten, bis 2025 ist schon seit einer Weile politischer Wille. Bislang jedoch scheiterten alle Umsetzungsversuche an technischen und finanziellen Fragen, aber auch an Meinungsverschiedenheiten zwischen den betreffenden Staaten. Auf ein Ziel können sich dann aber doch alle immer wieder einigen, wenn es gegen Russland geht. Der estnische Premierminister, Juri Ratas, erhob die Abkopplung seines Landes vom russischen Stromnetz vor kurzem gar zu einer Frage der nationalen Sicherheit. Dabei ist Estland, im Gegensatz zu seinen baltischen Nachbarn, sogar Stromexporteur. Und der Präsident der Estnischen Vereinigung der Ingenieure (EIL), Arvi Hamburg, nennt das ganze Vorhaben in einem Artikel in der finnischen Zeitung „Helsingin Sanomat“ „ein politisches Projekt“, das die Steuerzahler nur mehr Geld kosten wird, bei sehr geringem Gewinn.

Unterwasserkabel ins Baltikum

Doch das interessiert die maßgeblichen Politiker in Tallinn, Riga und Vilnius nicht im Geringsten. Genauso wenig wie ihre Partner in Brüssel und in Warschau. Denn Polen ist ein Schlüsselfaktor in der ganzen Angelegenheit. Zwischen Polen und Litauen besteht bereits eine oberirdische Stromtrasse. Nun soll ein Unterwasser-Gleichstromkabel zwischen beiden Staaten hinzukommen. Dagegen hatten sich bislang Lettland und Estland ausgesprochen. Nun einigten sich die beteiligten Seiten aber am Rande des EU-Gipfeltreffens in Brüssel auf eine Road Map, um die Abkopplung der baltischen Stromnetze vom russischen endlich zu vollenden.

Allerdings steht das Projekt unter einem Vorbehalt. Der Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E) soll bis September eine Machbarkeitsstudie vorlegen, in der vor allem geklärt werden soll, ob das Unterwasserkabel technisch wie finanziell den Nutzen bringt, der angestrebt wird.

Hauptsache: Gegen Russland

Das klingt vernünftig. Immerhin soll das Geld für das Investitionsvorhaben von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern der EU kommen, weil die drei baltischen Staaten allein es nicht schultern können. Doch auch einen anderen Aspekt finden Litauen, Lettland und Estland offenbar nicht so beachtenswert. Über das BRELL-Netz ist auch die russische Enklave Kaliningrad mit dem Stromnetz Russlands verbunden. Zwar betont die EU-Kommission in der Road Map, dass sie auf gar keinen Fall Komplikationen mit Russland und Weißrussland in dieser Frage wünsche. Aber die drei baltischen Staaten haben mehr als einmal klar zu erkennen gegeben, dass ihnen derlei Rücksichtnahmen mehr oder weniger egal sind.

Für Polen gilt das sowieso. Die solidarischen Signale aus Warschau, im Zweifel keine Rücksicht auf Befindlichkeiten in Moskau und Minsk zu nehmen, haben die baltischen Staaten umgehend honoriert. Sie sprangen der polnischen Regierung zur Seite, als die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen wegen Missachtung der Rechtsstaatsprinzipien einleitete. Estland, Lettland und Litauen erklärten beherzt, sie würden Sanktionen der EU gegen Polen nicht mittragen. Eine vergleichbare diplomatische Intervention im Betreff der bereits verhängten Sanktionen gegen Russland erfolgte dagegen

bisher nicht. Das Geld aus der EU ist im Baltikum hochwillkommen.

Versorgungssicherheit für Kaliningrad

Unabhängig davon ist merkwürdig, dass die EU einerseits in den zurückliegenden Jahren immer wieder beteuerte, die sogenannte Desynchronisation des baltischen Stromnetzes vom russischen und weißrussischen Verbund könne nur erfolgen, wenn die Versorgungssicherheit des Kaliningrader Gebietes gewährleistet sei. Gleichzeitig aber stimmt die EU nun einem Plan zu, der in wenigen Jahren Fakten schaffen könnte. Obwohl von etwaigen koordinierenden Abstimmungen mit Moskau und Minsk bis heute keine Rede sein kann.

Die Versorgungssicherheit des Kaliningrader Gebietes ist so nicht zu garantieren. Die russische Regierung hatte in der Enklave ein Kernkraftwerk nahe der litauischen Grenze geplant. Der Bau hatte auch schon begonnen, ist aber zwischenzeitlich aus verschiedenen Gründen eingestellt worden. Möglicherweise könnte ein von russischen Firmen gebautes Kernkraftwerk im weißrussischen Ostrovets Abhilfe schaffen, das sich derzeit, rund 50 Kilometer von der litauischen Grenze entfernt, im Endstadium der Fertigstellung befindet. Doch einerseits protestiert die litauische Regierung unablässig gegen dieses Kraftwerk, genauso wie Vilnius auch gegen das Projekt des AKW Kaliningrad Sturm lief. Andererseits und unabhängig davon müsste eine Stromtrasse über litauisches Gebiet gebaut werden, für die allerdings von russischer und weißrussischer Seite Garantien verlangt werden, dass sie sicher gegen Eingriffe Dritter ist.

Zweierlei Maß

Vor diesem Hintergrund ist interessant, dass der legitime Wunsch der Sicherheit vor Eingriffen Dritter wie selbstverständlich Position der EU und der baltischen Staaten ist. Die entsprechende Erwartungshaltung Russlands und Weißrusslands wird hingegen betrachtet, als werde hier etwas Unanständiges gefordert. Zudem hat Litauen ein eigenes Kernkraftwerkprojekt bis heute nicht wirklich aufgegeben, das bei Visaginas im Dreiländereck Litauen-Lettland-Weißrussland entstehen soll.

Die Selbstverständlichkeit, mit der die Abkopplung des baltischen Stromnetzes vom russischen betrieben wird, ohne russische Interessen oder Positionen wirklich ernsthaft zu berücksichtigen, die Selbstverständlichkeit, mit der Fragen des Trassentransits oder von Umgehungsstrassen in diesem Fall behandelt werden, steht im bemerkenswerten, wenn auch vertrauten Kontrast zu den empörten Wortmeldungen, die aus Brüssel und Warschau und auch aus den baltischen Staaten über das russisch-deutsche Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 zu vernehmen sind.

Russland hat bis heute die Versorgungssicherheit mit Strom für die baltischen Staaten stets gewährleistet. Genauso wie die Sicherheit der Versorgung mit russischem Erdgas seit Jahrzehnten nie zur Debatte stand. Russland stellte sich auch dem Bau des erwähnten weißrussischen Atomkraftwerkes nicht in den Weg, obwohl Minsk dieses Kraftwerk ausdrücklich auch baut, um sich von der fast 100-prozentigen Abhängigkeit von russischem Erdgas für die Stromerzeugung Weißrusslands zu lösen.

Dan-news.info: „Im ersten Halbjahr 2018 haben die „mobilen Sozialbüros“ 197 Fahrten unternommen, bei denen sich mehr als 3000 Bürger an die Spezialisten wandten“, teilte das Arbeits- und Sozialministerium der DVR mit.

An der Arbeit der mobilen Büros sind Spezialisten aus der Abteilung für Arbeit und soziale Sicherheit der Bevölkerung, der Abteilungen für Familie und Kinder, des Rentenfonds, der Arbeitsämter, des Sozialversicherungsfonds und andere beteiligt.